

SPD **sozialdemokratischer pressediens**t

P/XXIX/141

29. Juli 1974

CDU/DSU will auch deutschlandpolitisch nur Koalition

Zu den neuen Berlin-Aktivitäten der Oppositions-
Sprecher

Von Kurt Mattick MdB
Stellv. Vorsitzender des Auswärtigen Bundestags-Aus-
schusses und Mitglied des SPD-Fraktionsvorstandes

Seite 1 und 2 / 50 Zeilen

Aussichtslose Flucht nach vorn

Junge Union-Vorsitzender enthüllt Programmdefizit
der CDU

Von Lothar Schwartz
Sprecher des Vorstandes der SPD

Seite 3 und 4 / 52 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Ein Deutscher sprach vor der Knesset

Seite 5 / 36 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Eihardt Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 400
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg

CDU/CSU will auch deutschlandpolitisch nur Kollision

Zu den neuen Berlin-Aktivitäten der Oppositions-Sprecher

Von Kurt Mattick MdB

Stellv. Vorsitzender des Auswärtigen Bundestags-Ausschusses und
Mitglied des SPD-Fraktionsvorstandes

Verzögerungen und Störungen, also Schikanen auf den Transitwegen, sind ein Bruch bestehender Vereinbarungen und Verträge. Sie sind es auch dann, wenn die DDR-Führung sich in einer sachlichen Differenz gegenüber der Bundesrepublik im Recht glauben sollte. Differenzen über die Auslegung der Berlinvereinbarung und des Verkehrsabkommens durch die DDR-Regierung sind kein Freibrief für Schikanen an den Bürgern. Dies ist immer eine Rache am kleinen Mann und ein Erpressungsversuch an einer Stelle, wo die DDR-Führung am längeren Hebel sitzt. Natürliche Souveränität eines Staates drückt dieses Verhalten sowieso nicht aus, sondern das Gegenteil.

Daß am Wochenende die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in diesem Zusammenhang wieder einmal, diesmal in Form einer Kleinen Anfrage und einer Erklärung ihres außen- und deutschlandpolitischen Sprechers, Dr. Werner Marx, ihre deutschlandpolitische Aktivität unter Beweis stellen wollte, zeigt, daß sie mit jedem an einem Strang zu ziehen gewillt ist, wenn es nur gegen die Bundesregierung geht. Dabei ist die heutige Opposition in den 20 Jahren, in denen sie an der Macht gewesen war, bei ihren Versuchen um die deutsche Einheit und die Erhaltung und Stärkung der Bindungen zwischen Westberlin und der Bundesrepublik von einem Mißerfolg zum anderen gewankt. Man braucht sich nur an das klägliche Scheitern der Gründung des Deutschlandfunkes mit Sitz in Berlin von 1961 zu erinnern, als das entsprechende, im Bundestag auf Druck der SPD und der Berliner CDU durchgedrückte Gesetz an der CDU-Mehrheit im Bundesrat scheiterte und die ganze Sache nach einer noch sehr

vorsichtig gehaltenen sowjetischen Note durch die Regierung Adenauer vollends begraben wurde.

Dabei wissen sowohl die CDU/CSU-Fraktion als auch ihr deutschland-politischer Sprecher genau, daß die Transitwege zwischen der Bundesrepublik und Westberlin keine Korridore sind, sondern Territorien der DDR. In Artikel 2 des Verkehrsvertrages wird dies ausdrücklich festgestellt: eines Abkommens, das mit den Stimmen der CDU/CSU bei nur neun Enthaltung angenommen worden war. Deshalb gilt: Ob wir die Gesetze der DDR für gut erachten oder nicht, in der DDR unterliegen wir ihren Bestimmungen. Wir alle, besonders Presse und Rundfunk, sollten uns daher noch mehr bemühen, unseren Bürgern ausreichendere Kenntnisse über sie zu vermitteln. Wir müssen uns auf den Transitwegen auch deshalb gesetzesmäßig verhalten, damit diese auf der Grundlage der Verträge im Interesse von Berlin freigehalten werden.

Auch im Zusammenhang mit den Prozessen in der DDR gegen Bundesbürger ist zu sagen, daß die Bundesregierung bei der Verabschiedung des Verkehrsvertrages nachdrücklich darauf aufmerksam gemacht hat, daß selbstverständlich - wie in jedem anderen Land - die Bürger der Bundesrepublik bei Reisen durch die DDR den Gesetzen der DDR unterliegen. In Fällen der Verurteilung wird sich die Bundesregierung der menschlichen Schicksale in jedem Einzelfall so weit wie überhaupt möglich annehmen. Spektakuläre Globalproteste werden nichts nützen, solange es uns nicht möglich ist, den Gerichten in der Deutschen Demokratischen Republik Bruch ihrer Gesetze nachzuweisen.

Wenn der Vorsitzende des innerdeutschen Ausschusses, der CDU-Abg. Olaf von Wrangel, in diesem Zusammenhang schon wieder eine Berlinkrise an die Wand malt, weist das wohl mehr auf die Absicht hin, die polemischen Angriffe auf die Bundesregierung fortzusetzen als gemeinsam Schwierigkeiten zu überwinden.

(-/29.7.1974/ks/ee)

+ + +

Aussichtslose Flucht nach vorn

Junge Union-Vorsitzender enthüllt Programmdefizit der CDU

Von Lothar Schwartz

Sprecher des Vorstandes der SPD

Der Vorsitzende der Jungen Union hat das Dilemma der Opposition erkannt und am Wochenende freimütig publik gemacht. JU-Chef Wiessmann hat der CDU und CSU einen gemeinsamen Parteitag zur Diskussion und Verabschiedung eines gemeinsamen Grundgesetzprogramms empfohlen.

Diesem im Interesse der Klarheit und Redlichkeit der politischen Auseinandersetzungen in unserer Demokratie begrüßenswerten Vorschlag liegt die selbstkritische Erkenntnis zugrunde, daß die beiden Unions-Parteien in ihrem inhaltlichen politischen Angebot an Bürger und Wähler immer noch von der Hand in den Mund leben und das auch noch nach unterschiedlichen Speisezetteln.

Daran hat auch der auf Kosmetik angelegte und inszenierte "Programm-Parteitag" der CDU im Herbst 1973 in Hamburg nichts geändert; auf dem CSU-Jubelparteitag für Franz Josef Strauß Mitte Juni 1974 in München wurden Grundsätze für verantwortliches politisches Handeln gleich total durch Demagogie, Ignoranz und stramme Haltung ersetzt.

Wenn es dem CDU-Vorsitzenden Dr. Helmut Kohl und seinem Generalsekretär Prof. Dr. Kurt Biedenkopf - wie schon so oft in der Öffentlichkeit versichert - allen Ernstes um eine inhaltlich tragfähige und glaubwürdige "große Alternative" in der deutschen Politik und nicht nur um Obstruktion geht, dann müßten sie sich nach den Erfahrungen und Eindrücken dieser Veranstaltung konsequenterweise für die von Strauß ins Gespräch gebrachte und von ihm im Kalkül gehaltene "Vierte Partei" geradezu wünschen. Denn der

CSU-Vorsitzende will für die Union mit dem gemeinsamen "C" kein politisches Grundgesetzprogramm, sondern allein die Macht. Strauß kann nicht mehr mittel- oder gar langfristig für eine politische Gruppierung, sondern nur noch kurzfristig für seine eigene Person denken und planen.

So sieht der Hintergrund aus, vor dem der JU-Vorsitzende am Wochenende eine Flucht nach vorn versucht hat, indem er von der Möglichkeit sprach, daß CSU und CDU in Grundsatfragen zu einer gemeinsamen Plattform kommen könnten. Dies ist ein Appell an jene Kräfte in der CSU - und sicherlich auch an die CDU à la Dregger -, an deren Adresse der JU-Vorsitzende in Bayern, Dr. Theo Waigl, die Feststellung gerichtet hat: "Man kann mit einem Programm allein keine Wahl gewinnen. Wenn aber eine Partei darauf verzichtet, ihre Grundsätze darzustellen, wird sie auf Dauer gesehen Wahlen verlieren."

Bei diesem Unternehmen, die CDU/CSU aus dem Zustand und Odium eines Zweckverbandes zur Wiedererlangung und Ausübung politischer Macht herauszuführen, war dem Initiator Wissmann offensichtlich die Tatsache nicht hinlänglich bekannt, daß der Zwischenbericht über die Arbeit der "Grundsatzkommission der CSU" vor dem Parteitag in München nicht mehr als eine Pflichtübung gewesen war: Der CSU-Vorsitzende und seine beiden Stellvertreter hatten sich diesen Bericht einfach geschenkt. Als er erstattet wurde, war auch die Mehrzahl der Delegierten bereits in die Biergärten der weiß-blauen Metropole abgewandert. Und unter dem Restbestand an Delegierten gab es trotz einer ausdrücklichen Aufforderung durch den Berichterstatter Dr. Waigl kein Bedürfnis, inhaltlich zu diskutieren.

Auf absehbare Zeit werden Wissmann und Waigl, werden ihre Freunde und Anhänger in der Jungen Union, das programmatische Defizit und den Makel des blanken Opportunismus von den Oppositionsparteien nicht abwenden können. Sie wissen das wohl selbst. Das sollte jedoch den Respekt vor solchen Bemühungen nicht mindern.

(-/29.7.1974/ks/ee)

+ + +

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Ein Deutscher sprach vor der Knesset

Am 21. und 22. Juli 1974 trafen sich in Jerusalem 140 Abgeordnete aus den neun EG-Staaten sowie aus Norwegen, Schweden und Österreich zur 3. Konferenz europäisch-israelischer Parlamentariergruppen. Der Deutsche Bundestag war mit zehn Abgeordneten vertreten. Wir veröffentlichen den Wortlaut der Ansprache des Delegationsleiters Dr. Ulrich Dübber MdB (SPD), die zugleich die erste Rede eines Deutschen im israelischen Parlament, der Knesset, gewesen ist.

"Es ist für mich eine hohe Ehre, hier vor Ihnen sprechen zu dürfen. Ich bringe Ihnen die Grüße des Deutschen Bundestages, ich grüße insbesondere unsere Kollegen von der Knesset. Ich bringe Ihnen diese Grüße im Auftrag der deutsch-israelischen Parlamentariergruppe und im Auftrag aller drei Parteien des Deutschen Bundestages.

Herr Präsident, als Deutscher in den Räumen Ihres Parlaments zu sprechen, kann nicht ohne Bewegung geschehen. Man kann nicht nur in Worte fassen, was zwischen Juden und Deutschen geschehen ist. Jeder von uns denkt ständig daran, auch wenn er nicht in Israel ist.

Ich spreche zu Ihnen am 21. Juli 1974, 30 Jahre und einen Tag, nachdem in Berlin der deutsche Widerstand mit dem Attentat gegen Hitler seinen politischen Höhepunkt und zugleich sein tragisches Ende fand. Gestern hat unser Bundespräsident in Berlin an der Hinrichtungsstätte der Widerstandskämpfer die Opfer der Diktatur geehrt, überall in der Stadt wehten die Flaggen.

Die Vergangenheit verpflichtet uns, Frieden, Freiheit und Demokratie zu verteidigen, wo immer sie bedroht sind. Hier im Nahen Osten ist das demokratische Israel bedroht. Das kann keinen von uns unberührt lassen.

Die Bundesrepublik Deutschland wünscht ihre Beziehungen zu Israel weiter zu entwickeln und zu vertiefen. Wir hoffen, daß Israel näher an den gemeinsamen Europäischen Markt herandrücken wird. Israels Tradition ist mit Europa eng verbunden.

Die deutschen Vertreter danken für die freundschaftliche Aufnahme im Staate Israel, die sie zusammen mit ihren Kollegen aus ihren europäischen Nachbarstaaten erleben dürfen". (-/29.7.1974/ri/e)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Erhardt Eckert